

**Ausschuss für Inneres und Sport**

(69. - öffentliche - Sitzung am 3. November 2015)

**Beratungsthemen:**

**Außerhalb der Tagesordnung**

*Der Ausschuss nahm als Beginn der für die am 19. November 2015 vorgesehene Sitzung 9 Uhr in Aussicht.*

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3759](#)

*Der Ausschuss hörte den Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion, die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Städte im Land Niedersachsen sowie den Deutschen Hochschulverband - Landesverband Niedersachsen an.*

*Er nahm in Aussicht, die Beratung am 19. November 2015 fortzusetzen.*

*Die Koalitionsfraktionen kündigten an, einen Änderungsvorschlag zu dem Gesetzentwurf vorzulegen.*

2. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Erleichterung der Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen**  
**- Niedersächsisches Flüchtlingsunterbringungserleichterungsgesetz - (NFUEG)**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4429](#)

*Der - federführende - Ausschuss hörte die kommunalen Spitzenverbände an. Er empfahl dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung anzunehmen (Vorlage 1 mit Änderungen). Der Beschluss erging vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.*

*Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Petra Tiemann (SPD).*

3. **Beschlussfassung über die von der FDP-Fraktion erbetene Unterrichtung durch die Landesregierung über die aktuelle Sicherheitskonzeption für die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover und deren Kindertagesstätte**

*Der Ausschuss stimmte dem Unterrichtswunsch zu. Er verständigte sich darauf, zunächst um eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema zu bitten. Der Vertreter der FDP-Fraktion kündigte an, der Landesregierung einen Fragenkatalog zuzuleiten.*

4. **Entwurf eines Gesetzes über die kommunale Neuordnung der Landkreise Göttingen und Osterode am Harz**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4109](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen sowie mit fünf Stimmen der Fraktion der CDU gegen eine Stimme der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der FDP, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung anzunehmen (Vorlage 2 mit Änderungen).*

*Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Rudolf Götz (CDU).*

5. a) **Beschleunigung der Asylverfahren durch die CDU-geführte Bundesregierung - Die Landesregierung muss im Bundesrat zustimmen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4361](#)

*Der Ausschuss stimmte über den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags der antragsstellenden Fraktion (Vorlage 1) ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.*

*(zusätzlicher Tagesordnungspunkt)*

- b) **Asylrecht anpassen - Kosovo und Albanien müssen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3679](#)

*Der Ausschuss stimmte über den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags der antragsstellenden Fraktion (Vorlage 1) ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen vier Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der FDP bei zwei Stimmenenthaltungen der Fraktion der CDU empfahl er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.*

6. **Die Landesregierung muss alle Forderungen der Kommunen zur Vereinfachung von Abschiebungen erfüllen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4362](#)

*(abgesetzt)*

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über**

- a) **Überlegungen und eventuelle Planungen zu Beschlagnahmen von Wohnraum zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation**
- b) **den fehlgeschlagenen Versuch der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in einem Hotel in Goslar-Hahnenklee**

*(abgesetzt)*

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Erkenntnisse zu den Geschehnissen am 12. September 2015 im Zusammenhang mit der Eskalation einer Demonstration gegen die PKK in Hannover und möglichen weiteren Ausschreitungen**

*(abgesetzt)*

9. **Vorbereitung einer Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien**

*Der Ausschuss erörterte mögliche Themenschwerpunkte der geplanten Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien vom 17. bis 22. April 2016 und besprach weitere Einzelheiten zur Reiseplanung.*